

## Teil 2

### Der vorherige Zyklus (1966/67 bis 2006/07)

#### Kapitel 8

### Der Sonderfall China und die Entstehung der Weltwirtschaftsachse Washington-Peking

Das spektakulärste und möglicherweise folgenreichste Ereignis des vergangenen großen Zyklus war der Wiederaufstieg Chinas zur imperialen Macht. Zu Beginn der langen Welle hätte dies niemand für möglich gehalten: Die von der Mao Zedong-Gruppe der Kommunistischen Partei durchgesetzte »nachholende« Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und der damit verbundene Aufbau einer schwerindustriellen Basis im Nordosten Chinas (»Großer Sprung nach vorn«) waren zu Beginn der 1960er Jahre in einer Hungerkatastrophe geendet. Danach versuchten die Verantwortlichen, den durch den konkurrierenden Parteiflügel um Liu Shaoqui und Zhou Enlai geforderten Kurswechsel dadurch zu verhindern, dass sie die »Roten Garden« für ihre innerparteilichen Machtkämpfe instrumentalisierten und sie anschließend durch ihre »Landverschickung« kaltstellten. Dabei brachten die »Roten Garden« mit ihren Gewaltexzessen und Um-erziehungskampagnen nicht nur die chinesische Gesellschaft an den Rand des Abgrunds,<sup>1</sup> sondern wurden auch zur Legitimation des chinesischen Führungsanspruchs auf die weltweiten Sozialbewegungen genutzt:<sup>2</sup> Das damit verbundene Konzept der Einkreisung der »Metropolen« durch einen »totalen Volkskrieg« der »Peripherie« trug seit Beginn der 1970er Jahre nicht unwesentlich zur inneren Selbsterstörung der weltweiten Sozialrevolten bei. So endete die zur Kompensation der katastrophalen Folgen der nachholenden Stalinisierung Chinas

---

1 Kam-vee Law (Hrsg.), *The Chinese Cultural Revolution Reconsidered. Beyond Purge and Holocaust*, New York 2003.

2 Susanne Weigelin-Schwiedrizik, *China: Das Zentrum der (Welt-)Revolution? Die chinesische Kulturrevolution und ihre internationale Ausstrahlung*, in: Angelika Ebbinghaus/Max Henninger/Marcel van der Linden (Hrsg.), *1968 – Ein Blick auf die Protestbewegungen 40 Jahre danach aus globaler Perspektive*, ITH-Tagungsberichte 43, Wien 2009.

entwickelte revolutionstheoretische Version des Sinozentrismus in einem allgemeinen Desaster. Die Vorstellung, dass das »Reich der Mitte« nur drei Jahrzehnte später mit einer imperialen Variante reüssieren und weit ausgreifende Spekulationen über seine künftige Führungsrolle bei der Neuordnung des Weltsystems auslösen könnte,<sup>3</sup> überstieg infolgedessen das Vorstellungsvermögen. Was ist in diesen 30 Jahren geschehen? Inzwischen sind umfangreiche Erfahrungsberichte und Analysen über die Transformation Chinas seit Ende der 1970er Jahre verfügbar, die uns den Blick auf die wesentlichen Ursachen und Perspektiven des Wiederaufstiegs Chinas erleichtern.

Im Verlauf des Jahrs 1978 setzte sich in Peking eine pragmatisch orientierte Parteiströmung durch, die in den Machtkämpfen der voraufgegangenen Jahrzehnte ständig zwischen der Mao Zedong- und der Liu Shaoqui-Gruppe lauiert hatte, ohne ihre eigenen Visionen durchsetzen zu können. Ihr Ziel war, China aus dem Massenelend der Unterentwicklung und der internationalen Isolierung herauszuführen. Dies sollte durch ein Bündel ineinandergreifender Reformprozesse geschehen, die nicht wie in der stalinistisch-maoistischen Periode abrupt implementiert und durchgepeitscht, sondern erst nach ihrer in mehreren Jahren und oft alternativ betriebenen Erprobung schrittweise eingeführt werden sollten. Die wesentlichen Hebel, die der auf dem 11. Parteitag im Dezember 1978 als Spiritus rector des Reformprozesses bestätigte Deng Xiaoping<sup>4</sup> mit Hilfe des Partei-, Militär- und Staatsapparats in Gang setzte, waren eine tiefgreifende Landreform, eine radikale Geburtenkontrolle, der Aufbau von Sonderwirtschaftszonen, die Mobilisierung des chinesischen Auslandskapitals, die Umstrukturierung des staatlichen Industriesektors und die Stärkung der Handlungsspielräume der regionalen und lokalen Verwaltungen. Außenpolitisch sollte dieses Programm zur Umsetzung einer auf drei Zeitfenster verteilten Entwicklungsstrategie (»Drei Schritte-Theorie«)<sup>5</sup> durch die Wiedervereinigung mit Taiwan und

---

3 Vgl. die »linke« Variante dieser Debatte, die Giovanni Arrighi auslöste, indem er den erneuerten chinesischen Machteliten die Fähigkeit zuschrieb, in der Nachfolge des Adam Smith ein weise ausbalanciertes weltwirtschaftliches System aus der Taufe zu heben: Giovanni Arrighi, Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts (2007), Hamburg 2008. Vgl. auch die seitherige Debatte darüber in: New Left Review, Jg. 2008ff.

4 Zur bewegten Biographie Dengs vgl. vor allem Benjamin Yang, Deng. A political biography, New York 1998; Richard Evans, Deng Xiaoping and the Making of Modern China, New York 1994.

5 1. Stufe: Verdopplung des Inlandsprodukts zwischen 1980 und 1990, um das Ernährungs- und Bekleidungsproblem der Bevölkerung lösen zu können, 2. weitere Verdopplung des Inlandsprodukts zwischen 1990 und 2000, und dadurch Steigerung des durchschnittlichen Pro Kopf-Einkommens auf 1.000 Dollar, und 3. weitere Steigerung des Wirtschaftspotenzials, um bis zum Jahr 2050 zum Durchschnittsniveau der entwickelten Länder aufzuschließen.

den kolonialen Exklaven Hongkong und Macao arrondiert werden. Getreu dem konfuzianischen Sprichwort, dass sich Habenichtse demütig und strebsam zu verhalten hätten, sollte dabei jedoch vorsichtig zu Werke gegangen werden, denn China müsse seine wachsende Stärke verbergen und seine Zeit abwarten.<sup>6</sup> Darüber hinaus erschien es ratsam, sich in dieser Periode mit der führenden Weltmacht zu arrangieren und jene Fäden weiterzuspinnen, die schon in der Spätphase der Mao Zedong-Ära gezogen worden waren. Am 1. Januar 1979 erkannten die Vereinigten Staaten die Souveränität der Volksrepublik China an, beendeten den militärischen Beistandspakt mit Taiwan und nahmen diplomatische Beziehungen mit Peking auf. Kurz danach besuchte Deng Xiaoping den US-Präsidenten Jimmy Carter in Washington und sicherte sich dessen moralische Unterstützung für einen Blitzkrieg gegen den früheren Bündnispartner Vietnam. Diese informelle Bündniskonstellation wurde später zu einem verschwiegene antisowjetischen Pakt erweitert, denn die chinesische Führung befürchtete nach der sowjetischen Okkupation Afghanistans ihre Einkreisung durch einen Vormarsch der Roten Armee an den Indischen Ozean. Parallel dazu begannen auf der Basis eines im Mai 1979 geschlossenen Handelsvertrags die ersten wirtschaftlichen Kontakte, die sich rasch intensivierten. Unter diesen veränderten Rahmenbedingungen war die chinesische Außenpolitik überaus erfolgreich. Im Rahmen eines Konzepts des politisch-ökonomischen Status quo (»Ein Land – Zwei Systeme«) gelang der Zugriff auf Hongkong und Macao, die in »Sonderverwaltungszone« umgewandelt wurden, sowie ein Arrangement mit dem Kuomintang-Regime Taiwans. Dadurch erhielt die chinesische Führung Zugang zu den Kapitalressourcen der Auslandschinesen, und dies war für den Erfolg des binnenwirtschaftlichen Reformkurses von entscheidender Bedeutung.

Die elementare Grundlage des gesamten Umsteuerungsprozesses war und blieb jedoch bis heute die Landreform.<sup>7</sup> Der zwangsweise Zusammenschluss der Bauernfamilien zu Produktionskollektiven und Volkskommunen wurde aufgehoben und durch ein »Haushaltsverantwortungssystem« ersetzt. Dabei blieben die

---

6 Urs Schoettli, Ist die Zeit schon jetzt gekommen? Die Finanzkrise beschleunigt die Neuverteilung globaler Macht, doch taugt das diktatorische China nicht wirklich für die Führungsrolle, in: NZZ Nr. 90 vom 20.4.2009, S. 21.

7 Vgl. zum Folgenden: Fu Chen, Land Reform in Rural China since the 1980s, Teil 1 und 2, Hrsg.: Food and Agriculture Organization of the United Nations, Sustainable Development Department, Rom 2003, abrufbar unter [www.fao.org/sd/Ldirect/-L/Tan0031.htm](http://www.fao.org/sd/Ldirect/-L/Tan0031.htm); Peter Ho, Who Owns China's Land? Politics, Property Rights and Deliberate Institutional Ambiguity, in: The Chinese Quarterly, Jg. 2001, S. 394-421; Anton Pam, Die Geister der Geschichte. Historische Hintergründe zu den gegenwärtigen Kämpfen der chinesischen Bauern und Wanderarbeiter, in: Unruhen in China. Beilage der Zeitschrift Wildcat, Nr. 80, Dezember 2007, S. 11-17.

Kollektive beziehungsweise Dorfverwaltungen weiter die kollektiven Eigentümer und teilten den Bauernfamilien je nach ihrer Größe entsprechende Bebauungsrechte zu. Die Familien mussten zwar weiterhin einen Teil ihrer Ernte zu Festpreisen abliefern und – oftmals illegale – Steuern entrichten, konnten aber ansonsten frei über ihren Boden verfügen und Überschüsse selbst auf den lokalen Märkten verkaufen. Dieser Rekurs auf das Familienwirtschaftsmodell des sowjetischen Agrarwissenschaftlers Aleksandr V. Čaianov, der für die Propagierung dieses Alternativmodells zur Zwangskollektivierung seinerzeit mit dem Leben bezahlt hatte,<sup>8</sup> erwies sich als außerordentlich erfolgreich. Nach 30 Stagnationsjahren stieg in der Zeitspanne 1978 bis 1984 die jährliche Erzeugung der Hauptprodukte Getreide, Baumwolle und Ölfrüchte um jährlich 4,8%, 7,7% und 13,8%, und dabei konnte beim Schlüsselprodukt Getreide innerhalb von sechs Jahren eine Steigerung um 100 Mio. Tonnen auf 407 Mio. Tonnen im Jahr 1984 erzielt werden. Das war erstaunlich, denn die Bauernfamilien blieben aufgrund des fortbestehenden Verbots des Ortswechsels und der Abwanderung in die Städte (Houku-System) an die Scholle gebunden und konnten wegen der kleinen familiären Bewirtschaftungseinheiten von durchschnittlich 0,45 Hektar kaum technische Hilfsmittel einsetzen.

Diese Beschränkungen blockierten denn auch seit dem Ende der 1980er Jahre die weitere Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivität. Hinzu kamen die Folgen des damals noch anhaltenden Bevölkerungswachstums und die dadurch bedingte Bodenzer splitterung bei der Rückverteilung der Bodenrechte, die wiederum zur Übernutzung und Erschöpfung der landwirtschaftlich genutzten Flächen führte. Daraufhin startete die Zentralregierung mehrere Pilotprojekte, bei denen sich die zeitliche Festlegung der familiären Nutzungsrechte auf zunächst 15 und schließlich 30 Jahre als optimaler Ausweg erwies. Das »Familienverantwortungssystem« erhielt jetzt den Status eines formellen Kontrakts mit dem Kollektiveigentümer, während gleichzeitig die in Wert setzenden Prinzipien der Bodenrente in der Verfassung verankert wurden. Darüber hinaus wurde es den Bauernfamilien gestattet, Landflächen untereinander zu tauschen, zu

---

8 Aleksandr V. Čaianov (1888-wahrscheinlich 1938), war der führende Agrarwissenschaftler der Sowjetunion und entwickelte seit Beginn der 1920er Jahre ein alternatives Entwicklungsmodell, das auf der selbständigen Arbeit der bäuerlichen Familienwirtschaften basierte. Er wurde zu Beginn der Zwangskollektivierungen verhaftet und nach einem Schauprozess zu fünf Jahren Zwangslager verurteilt. Kurz nach seiner Entlassung verhaftete ihn das NKVD erneut und er starb unter noch ungeklärten Umständen 1938 oder 1939 in einem Gulag. Sein ökonomisches Hauptwerk gilt heute als Meilenstein einer jeden agrarisch basierten Entwicklungsökonomie: Alexander Tschaianow, Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft. Versuch einer Theorie der Familienwirtschaft im Landbau (1923), Frankfurt/New York 1987.

verpachten, zusammenzulegen, Bodenkredite aufzunehmen und kleine Familienbetriebe zur Viehzucht und zur ersten Weiterverarbeitungsstufe der Ernährungskette zu gründen. Diese Veränderungen gestatteten darüber hinaus einen stärkeren Technikeinsatz und ermöglichten es vielen Bauernfamilien, ihre heranwachsenden Söhne und Töchter zur Verbesserung des Familieneinkommens als Wanderarbeiter in die inzwischen boomenden Sonderwirtschaftszonen zu schicken. Dieses Verhalten setzten sie in zähen und bitteren Auseinandersetzungen mit den Behörden und Parteikadern durch, bevor diese die Macht des Faktischen akzeptierten und schließlich die periodische Durchbrechung des Houku-Systems in ihr Entwicklungsmodell integrierten. Dagegen blieb die Frage der kollektiven Eigentumsrechte, der entscheidenden Legitimationsgrundlage des chinesischen Herrschaftssystems, bis zum Ende des großen Zyklus in der Schwebe. Es ist bis heute ungeklärt – und wird bewusst offen gehalten –, ob die Bauernkollektive, die Dorfverwaltungen oder die Zentralmacht die Kollektiveigentümer sind, die die Nutzungsrechte an die selbständig arbeitenden Familienwirtschaften vergeben. Diese ambivalente Konstellation ermöglichte es den Parteikadern der Dorf- und Provinzverwaltungen in den vergangenen Jahren, die Initiative an sich zu reißen, die Rechte der Bauernkollektive in Frage zu stellen und das Nutzland der Familienwirtschaften zu enteignen, um Staudammprojekte voranzutreiben und neue Industriestandorte auszuweisen.

Parallel zur Landreform wurden Ende der 1970er Jahre drakonische bevölkerungspolitische Maßnahmen eingeleitet, die die gesamte chinesische Gesellschaft den Normierungen einer biopolitischen Exekutivdespotie unterwarfen.<sup>9</sup> Wieso es dazu kam, ist trotz der offiziellen Rechtfertigung mit einer angeblich existenzbedrohenden bevölkerungsökonomischen Zwangslage rätselhaft, denn es gab schon seit Beginn der 1970er Jahre eine intensive Propaganda zur Geburtenbeschränkung auf freiwilliger Grundlage. Sie hatte innerhalb von zehn Jahren zu einer Verringerung der Geburtenrate von durchschnittlich 5,9 auf 2,9 Kinder pro Chinesin im gebärfähigen Alter geführt, sodass sich der durch die Ein-Kind-Politik innerhalb der letzten 30 Jahre erzwungene weitere Rückgang auf durchschnittlich 1,7 Kinder eher bescheiden ausnimmt – und auf erhebliche Widerstände vor allem seitens der bäuerlichen Kontraktfamilien hinweist. Dabei ist zu bedenken, dass – abgesehen von verschiedenen Ausnahmeregelungen<sup>10</sup> – die

---

9 Pascal Rocha da Silva, *La politique de l'enfant unique en République populaire de Chine*, Universität Genf 2006; Hu Huiting, *Family Planning Law and China's Birth Control Situation*, in: *China Daily*, abrufbar über [www.china.org.cn/english/2002/Oct/-46138.htm](http://www.china.org.cn/english/2002/Oct/-46138.htm); Susan Greenbalgh, *Science, Modernity, and the Making of China's One Child Policy*, in: *Population and Development Review* 29 (2003), S. 163-196.

10 Bauernfamilien wurde ein zweites Kind »erlaubt«, wenn das erste eine Tochter war; städtische Familien durften ein zweites Kind großziehen, wenn das erste körperlich oder

Geburt und das Großziehen weiterer Kinder mit Geldstrafen, Lohnkürzungen und verschlechterten Berufschancen sanktioniert wurde.

Die Folgen waren verheerend. Sie zwangen die chinesischen Bauern- und Arbeiterfamilien dazu, ihre ohnehin extrem niedrigen Einkommen aufzusparen, denn mit dem erzwungenen Verzicht auf Kinder hatten sie ihre familienökonomische Existenzsicherung verloren, ohne auf eine hinreichende sozialstaatliche Kompensation hoffen zu können. Darüber hinaus wurden traditionelle männerherrschaftliche Strukturen verfestigt, da neugeborene Mädchen im konfuzianischen Asien schon immer als nachteilig für den familiären Reproduktionsprozess angesehen wurden. Nun wurden neugeborene Mädchen noch häufiger als sonst entweder getötet oder ausgesetzt und seit der Einführung der technischen Voraussetzungen im Rahmen vorgeburtlicher Untersuchungen abgetrieben. Infolgedessen stieg die Geschlechterrelation (männlich/weiblich) bei den Neugeborenen bis zum Jahr 2000 auf 117:100. Trotz dieser Entwicklung hielten viele Provinzregierungen weiterhin an ihren flankierenden Gesetzen zur Zwangsabtreibung und Zwangssterilisation fest, und die Anwendung physischer Gewalt bei diesen Zwangsmaßnahmen wurde erst im Jahr 2002 durch ein Gesetz der Zentralregierung verboten. Bis heute stieg auch die Zahl der ausgesetzten und in Waisenasylen aufgezogenen Kinder kontinuierlich, und die Zustände in diesen Institutionen setzte China weitaus stärker als das weiter fortbestehende System der Zwangsarbeits- und Umerziehungslager der Kritik von Menschenrechtsorganisationen aus. Das alles bewirkte jedoch nichts. Die chinesische Führung hält ihren bevölkerungspolitischen Despotismus nach wie vor für einen unverzichtbaren Bestandteil ihres nachholenden Entwicklungsmodells und hat noch im April 2009 ihre Ein-Kind-Doktrin ausdrücklich bekräftigt.

Während diese düstere Seite des chinesischen Wiederaufstiegs häufig ausgeblendet wird, ist der im Jahr 1980 begonnene Einstieg in das Modell der neuen internationalen Arbeitsteilung von Anfang an aufmerksam registriert und analysiert worden.<sup>11</sup> In der Tat konnte die chinesische Führung gegen Ende des Zyklus auf diesem Handlungsfeld eine bemerkenswerte Bilanz aufweisen, die um so mehr wog, als der Erfolg zunächst keinesfalls gesichert gewesen war. Im Verlauf des Jahres 1980 wurden in den südchinesischen Küstenprovinzen Guangdong, Fujian und Hainan fünf Sonderwirtschaftszonen eingerichtet, wobei es sich um

---

geistig behindert war. Im Übrigen müssen sich alle Paare vor der Verheiratung einer humangenetischen Untersuchung unterziehen, denn das offizielle Ziel der chinesischen Regierung war die »Steigerung der Qualität der Bevölkerung«. Der bevölkerungspolitische Despotismus scheint sich erst in den letzten Jahren etwas gelockert zu haben.

11 Die Literatur über die Rolle der Sonderwirtschaftszonen beim Wiederaufstieg Chinas ist kaum mehr überschaubar. Die beste Zusammenfassung findet sich bei Manuel Castells, *End of Millennium*, 2. überarb. Auflage Oxford/Malden 1999, S. 307ff.

vier Städte – Shenzhen, Zhunhai, Shantou und Xiamen – und die gesamte Inselprovinz Hainan handelte. Dass sie Taiwan gegenüberlagen bzw. an die Exklaven Hongkong und Macao grenzten, war dabei kein Zufall, sondern vielmehr eine auf die spezifische chinesische Situation übertragene Kopie des mexikanischen Maquiladora-Streifens. Im Gegensatz zum mexikanischen Modell wurde jedoch von Anfang an Wert darauf gelegt, die mit den bekannten Bevorteilungen angelockten Investoren durch gezielte Infrastrukturvorgaben und Joint-Venture-Verpflichtungen als Technologielieferanten in das gesamtchinesische Entwicklungsmodell zu integrieren. Die Sonderwirtschaftszonen avancierten zu einem Kernbereich der zentralen Wirtschaftsplanung. Im Verlauf der 1980er Jahre wurden auch fast die gesamte Küstenlinie zwischen der koreanischen und vietnamesischen Grenze sowie 14 Hafenstädte, darunter Shanghai, Tianjin, Wenzhou und Guangzhou, in dieses System einbezogen und zu »Wirtschaftlichen und Technischen Entwicklungszonen« aufgewertet. In diesen Fällen handelte es sich um die früheren »Pachtgebiete« der Kolonialmächte, aber diesmal unterlag ihre Öffnung zur privilegierten Nutzung durch das Auslandskapital einer durch die chinesische Zentralregierung kontrollierten Funktionsumkehrung.

Der Aufwand und die dahinterstehende Systematik waren somit beeindruckend, aber der Erfolg ließ zunächst durchaus auf sich warten. Als sich die ersten japanischen, US-amerikanischen und europäischen Konzerne in den Sonderwirtschaftszonen niederließen, taten sie dies wie überall auf der Welt unter dem Vorrang der Senkung der komparativen Arbeitskosten, die sich in der chinesischen Küstenzone durch die Verwertung eines besonders billigen und disziplinierten Arbeitskräftepotenzials in der Tat nochmals erheblich optimieren ließen. Zusätzlich suchten sie nach Wegen, um mit ihren Produkten in die langsam wachsenden chinesischen Märkte vorzudringen. Dagegen war ein Technologietransfer zugunsten der beschleunigten Erneuerung des chinesischen Industriepotenzials aus ihrer Perspektive unerwünscht und wurde – trotz allfälliger formaler Zugeständnisse – so niedrig wie nötig gehalten. Jedoch hatten die Konzernvorstände der multinationalen Unternehmen ihre Rechnung ohne ihre Gastgeber gemacht. Denn die chinesische Regierung erkannte diesen Engpass sehr schnell und begab sich auf die Suche nach Umgehungsmöglichkeiten. Ein Weg bestand darin, möglichst viele Studierende und Hochschulabsolventen in die Technologiezentren der Triade-Regionen zu schicken. Parallel dazu schloss sie in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ein strategisches Bündnis mit den globalen Kapitalnetzwerken der chinesischen Diaspora, die sich im Gefolge der Normalisierung der Beziehungen zu Hongkong und Taiwan zunehmend in diesen Nachbarregionen der chinesischen Sonderwirtschaftszonen niederließen und einen

groß angelegten Technologietransfer in Gang brachten.<sup>12</sup> In der Periode 1979 bis 1992 stammten 64% der Auslandsinvestitionen in der Volksrepublik China aus Hongkong und weitere 7,7% aus Taiwan. Erst danach folgten die USA mit 7,0 und Japan mit 5,8%.<sup>13</sup> Im Verlauf der 1990er Jahre gelang es den Konzernnetzwerken der Triade dann nicht mehr, diesen Trend dadurch zu stoppen, dass sie nun ihrerseits auch die hochtechnologischen Entwicklungslinien zur Verfügung stellten. Die chinesische Diaspora von Singapur, Bangkok, Penang, Sydney, New York, Kuala Lumpur, Djakarta, Kanada und Kalifornien war dem Ruf des Zentrums gefolgt und hatte ihr Know-how und die Ressourcen ihrer transnationalen Unternehmensnetzwerke für die Wiedergeburt des Reichs der Mitte zur Verfügung gestellt.

Dieser strategische Durchbruch ermöglichte der Pekinger Technokratengruppe die Einleitung weiterer Reformschritte. Um die Diffusion der aus Hongkong und Taiwan in die Küstenzone strömenden neuen Technologien in die gesamte Wirtschaft zu beschleunigen, leitete sie eine umfassende Dezentralisierung des Wirtschaftslenkungsapparats ein. Dies ermöglichte es den auslandschinesischen Investoren, sich auch in den als besonders entwicklungsfähig geltenden Regionen zu engagieren. Darüber hinaus hob die Zentralregierung die staatlichen Preisbindungen auf und leitete eine umfassende Restrukturierung des staatlichen Industriesektors ein. Dabei geriet sie gegen Ende der 1980er Jahre vorübergehend in eine bedenkliche Schieflage, denn die Preissteigerungen und die beginnende Liquidierung der sozial geschützten und auf Lebenszeit ausgelegten Arbeitsplätze der Staatsindustrie hatten die Herausbildung eines städtischen Subproletariats zur Folge, das sich im April-Mai 1989 in der Hauptstadt mit einer neu aufgekommenen studentischen Protestbewegung verbündete. Unter der Regie Deng Xiaopings wurde der Aufruhr durch die Verhängung des Ausnahmezustands und die blutige Vertreibung der auf dem Pekinger Tien An Men Platz campierenden Studenten rasch erstickt. Aber erst sieben Jahre später wurde die bisherige soziale Legitimationsbasis des untergegangenen stalinistisch-maoistischen Entwicklungsmodells endgültig zerstört.<sup>14</sup> Zwischen 1997 und 2002 wurden über 35 Mio. Arbeiterinnen und Arbeiter ihrer sozialen Sicherungen beraubt und auf die Straße geworfen, während sich die verbliebenen Restbelegschaften

---

12 Youtien Hsing, *Transnational networks of Chinese capitalists and development in local China*, Vancouver: University of British Columbia, Institute of Asian Research, 1997; ders., *Making Capitalism in China: The Taiwan Connection*, New York 1999; Mayfair Meilui Yang, *Gifts, Favors, and Banquets: The Art of social relationships in China*, Ithaca 1994.

13 Castells, *End of the Millennium*, Tabelle S. 315.

14 Die unglückliche Arbeitergeneration. Lage und Proteste der städtischen ArbeiterInnen und Arbeitslosen, in: *Unruhen in China*, S. 35-42.

den erneuerten Produktionstechnologien und den entsprechenden flexibilisierten Arbeitsverhältnissen unterwerfen mussten. Dabei kam es zu teilweise massiven Widerstandsaktionen, die vor allem 2002 mit der Deportation aller Aktivisten, die sich um die Bildung überlokaler Selbstorganisationen bemüht hatten, in die Arbeits- und Erziehungslager endete.

Gegen Ende der 1990er Jahre war der große Transformationsprozess weitgehend abgeschlossen. Es war der Technokratengruppe der Kommunistischen Partei gelungen, den *take off* zum Wiederaufstieg irreversibel zu machen, indem sie die allgemeine Bereicherungssucht zur obersten Maxime erhob<sup>15</sup> und die Potenziale der Auslandschinesen eingemeindete. Dabei wandelte sich das zentralistische Planungssystem der stalinistisch-maoistischen Exekutivdespotie in eine komplexe Struktur um, die wir als bürokratischen Kapitalismus bezeichnen können. Der bürokratische Kapitalismus Chinas besteht aus vier wesentlichen Systemgruppen, die sich wechselseitig durchdringen und dezentalisierende und zentralisierende Tendenzen ständig gegeneinander ausbalancieren. Die dezentralen Strukturen werden erstens von den aus den Sonderwirtschaftszonen der Küstenregion hervorgegangenen gemischten Unternehmen beherrscht. Sie verfügen über den Rückhalt der auslandschinesischen Netzwerke und entziehen sich den zentralen Planungsvorgaben weitgehend. Ihnen stehen zweitens die ebenfalls dezentralisierten und restrukturierten Staatsunternehmen des Nordostens und der Provinzhauptstädte gegenüber: Sie werden inzwischen genau so effizienzorientiert gemanagt wie die Unternehmen der Südzone, denn sie müssen wie diese überproportional hohe Gewinne abwerfen, um die für die Infrastrukturinvestitionen verantwortlichen regionalen Parteikader zu alimentieren und sich durch hohe Tributzahlungen an die Milizkommandeure gegen die aufsässigen Arbeiterinnen und Arbeiter abzusichern. Diesen beiden dezentralen Strukturen des bürokratischen Kapitalismus stehen drittens die Zentralinstanzen gegenüber, die sich ebenfalls gravierend verändert haben. Die Zentrale Planung hat sich weitgehend auf die Stützung des schrumpfenden staatsindustriellen Sektors und die Aufbringung der Mittel für zentrale Technologieprojekte, den Rüstungssektor und die Reproduktion des zentralen Staatsapparats beschränkt. Dagegen sind die für eine entwickelte Nationalökonomie typischen Steuerungsfunktionen ausgebaut und reorganisiert worden. Vor allem die Zentralbank hat dank des fortbestehenden staatlichen Außenhandelsmonopols und eines staatlichen Banknetzes eine überragende Stellung inne. Eine zweite entscheidende Säule bildet eine ständig wachsende Gruppe von Zentralbehörden, die mit der Fortschreibung der Landreform und der Weiterentwicklung der Bodenrechte beschäftigt

---

15 Legitimiert durch die Parole Deng Xiaopings, die weltweit zu einem geflügelten Wort wurde: »It is glorious to be rich.«

sind. Als unangefochtene Verbindungsinstanz zwischen den Zentralbehörden und den regionalen Wirtschaftsstrukturen haben viertens die Armee und vor allem die Kommunistische Partei enorm an Bedeutung gewonnen. In der Kommunistischen Partei sind alle Gruppierungen der erneuerten Machteliten vertreten, zunehmend auch die bürokratischen Kapitalisten. Das Machtzentrum der stalinistisch-maoistischen Entwicklungsdespotie hat sich zur Koordinationszentrale einer bürokratisch-kapitalistischen Wirtschaftsnation umgestaltet.<sup>16</sup>

Im Verlauf der Asienkrise 1997/1998 bestand das chinesische Akkumulationsmodell seine erste internationale Bewährungsprobe.<sup>17</sup> Während sich die meisten Regierungen Südost- und Ostasiens bei der Bekämpfung der von Thailand ausgegangenen Immobilien-, Kredit- und Außenhandelskrise nach den Vorgaben des Internationalen Währungsfonds richteten und die Rezession durch Währungsabwertungen und Haushaltsrestriktionen zusätzlich verschärften, scherte China aus der konzertierten Aktion aus. Die chinesische Zentralbank weigert sich standhaft, auch den Renminbi Yuan abzuwerten, und verhinderte durch gezielte Stützungsaktionen auch die Abwertung des Hongkong-Dollars, indem sie ihre sich damals auf 140 Mrd. US-Dollar belaufenden Währungsreserven mobilisierte. Parallel dazu glich sie die durch den Exporteinbruch defizitär gewordene Zahlungsbilanz durch massive Importrestriktionen aus und ging in großem Stil zum keynesianischen *deficit spending* über, indem sie ein umgerechnet 560 Mrd. Dollar umfassendes Stimulierungsprogramm mit den Schwerpunkten Infrastruktur und Wohnungsbau auflegte sowie mit weiteren 32 Mrd. Dollar das Bankensystem rekapitalisierte. Das Ergebnis war eindeutig: Der Abschwung wurde wesentlich gemildert, und dies wirkte sich auf ganz Asien – einschließlich Japan – positiv aus. Der Rückgriff auf Keynes war nur möglich gewesen, weil China schon zu dieser Zeit über erhebliche Devisenreserven verfügte. Aufgrund dessen wurde der weitere Ausbau der Devisenreserven zu einer entscheidenden Agenda. Aber auch die anderen asiatischen Nationalökonomien hatten ihre

---

16 Dies vermag nur auf den ersten Blick zu verwundern. Seit ihrer Stalinisierung gegen Ende der 1920er Jahre agierten die Kommunistische Partei und die von ihr beherrschte Befreiungsarmee als intellektuelle Elite. Ihr Ziel war die Wiedergeburt Chinas durch die Errichtung einer staatlichen Exekutivdespotie, die sich auf die landlosen Bauern als Massenbasis stützte, indem sie ihnen das Land der Grundherren versprach. In diesem Punkt unterschied sie sich entscheidend von der konkurrierenden Kuomintang, aber wie diese etablierte sie überall, wo sie sich festgesetzt hatte, sofort und mit oberster Priorität staatliche Verwaltungsstrukturen. Vgl. Peter Cardorff, Über den Charakter der chinesischen Revolution und der KP Chinas, Frankfurt a.M. 1978, S. 18ff., 152ff. – Ich danke Marcel van der Linden für diesen Hinweis. Cardorff verzeichnet zwar wesentliche Fragestellungen durch seinen trotzistischen Interpretationsansatz, hat jedoch den etatistischen Kern der chinesischen Revolutionsstrategie überzeugend herausgearbeitet.

17 Vgl. zu den Einzelheiten Castells, End of Millennium, S. 320ff.

Lektion gelernt und begannen, sich gegen den von den Weltinstitutionen propagierten Austeritätsskurs durch den Aufbau großer Devisenreserven zu wappnen.

Der Bestand an Devisenreserven ließ sich jedoch nur durch eine massive und über eine längere Zeitspanne gesicherte Ausweitung des Exportsektors weiter erhöhen. Diese banale Erkenntnis war wohl der Hauptgrund, weshalb die Akteure von Peking zu Beginn des neuen Millenniums die Zeit für gekommen hielten, um ihren strategischen Pakt mit den Vereinigten Staaten zu erneuern und ihre Wirtschaftspolitik ganz auf diese Priorität auszurichten. Im Jahr 2001 band die chinesische Zentralbank ihre Landeswährung an den Dollar, ohne jedoch die Kontrolle über den Wechselkurs des Renminbi Yuan aufzugeben. Das war trotzdem riskant, denn es implizierte eine Vertrauenserklärung an den Dollar, dessen Kurswert ja weiterhin durch die internationalen Devisen- und Kapitalmärkte bestimmt wurde. Umgekehrt konnten die USA diesen Vertrauensvorschuss dazu nutzen, um ihre steigende Binnenverschuldung sowie ihre Leistungsbilanzdefizite durch Kapitalzuflüsse aus China – und dem übrigen Ostasien, das sich dem Vorgehen Chinas nach und nach anschloss – zu finanzieren. Dafür waren natürlich auch Gegenleistungen erforderlich. Sie bestanden in der steigenden Aufnahme der chinesischen Exporte, die sich mit ihren Dumpingpreisen rasch die US-Märkte eroberten und eine gewaltige Konsumexpansion in Gang brachten. Umgekehrt kam Peking in den Besitz wachsender Dollarbestände, weil die chinesischen Exporteure ihre Erlöse direkt bei der Zentralbank in Renminbi Yuan umtauschen mussten. Die Zentralbank stockte mit ihnen ihre Devisenreserven auf, kaufte in wachsendem Ausmaß US-amerikanische Staatsanleihen und stieg schließlich auch direkt in die US-amerikanischen Kapitalmärkte ein.

Auf diese Weise avancierte China, das sich im Geflecht der weltweiten Sonderwirtschaftszonen inzwischen den ersten Rang auf der Liste der »verlängerten Werkbänke« der Welt gesichert hatte, zur wichtigsten Hausbank der Vereinigten Staaten.<sup>18</sup> Im Startjahr 2001 der chinesisch-amerikanischen Symbiose verfügte die chinesische Zentralbank über ein Devisenguthaben im Wert von etwa 200 Mrd. Dollar. Bis 2005 wuchs es auf 500 Mrd. an und näherte sich bis zum Ende des großen Zyklus der Zwei-Billionen-Grenze, während der Bestand an US-Staatsanleihen auf 740 Mrd. Dollar anstieg. Dieser rasanten Entwicklung der Gläubigerposition stand eine exponentielle Steigerung des chinesischen Exportvolumens gegenüber, die dem Reich der Mitte in der abschließenden Boomphase des Zyklus jährlich zweistellige Wachstumsraten bescherte. Alles, was sich die Gläubigernation an Gütern und Einkommen ersparte, lieferte sie in die

---

18 Vgl. zum Folgenden: Lucas Zeise, Ende einer Symbiose, in: jW Nr. 74 vom 28./29.3.2009, S. 10-11; It's Chimerica, stupid! In: Wildcat Nr. 83, Frühjahr 2009, S. 43-44.

Vereinigten Staaten, und die Schuldnation ging dazu über, ihren durch die eigene Wirtschaftsleistung nicht mehr gedeckten Überkonsum an Häusern und Verbrauchsgütern durch die billigen Kredite des Hauptgläubigers zu finanzieren, da sie die Zinssätze niedrig hielten – und die damit verbundenen Risiken auf die übrige transatlantische Region weiterverteilt werden konnten.

Die entscheidende Voraussetzung für das Funktionieren dieser Symbiosekette war und blieb aber die Überausbeutung der chinesischen Arbeiterinnen und Arbeiter: Sie schufen den Mehrwert, der durch den Verkauf der Exportwaren in den USA realisiert wurde, als Dollarguthaben an die chinesische Zentralbank zurückfloss, zum Ankauf von US-Anleihen genutzt wurde, die US-amerikanische Niedrigzinspolitik ermöglichte, den Immobilienboom auslöste und den US-Konsumenten eine erweiterte Kreditbasis verschaffte, auf deren Grundlage sie sich trotz sinkender Realeinkommen mit den billigen Importwaren aus China und dem übrigen Ostasien eindecken konnten.